



Nr. 86. Mittag-Ausgabe.

Achtundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Mittwoch, den 20. Februar 1867.

### Bekanntmachung.

In Verfolg meiner Bekanntmachung vom 17. d. M. werden die Mitglieder des Reichstages des norddeutschen Bundes hierdurch ergebenst davon in Kenntniß gesetzt, daß die Eröffnung des auf den 24. d. M. einberufenen Reichstages an diesem Tage um 1 Uhr im weißen Saale des königlichen Schlosses stattfinden und daß zuvor um 11½ Uhr ein Gottesdienst, für die evangelischen Mitglieder in der Schloß-Kapelle, für die katholischen in der St. Hedwigskirche, abgehalten werden wird.

Berlin, den 19. Februar 1867.

Der Minister-Präsident  
und Minister der auswärtigen Angelegenheiten.  
Graf von Bismarck.

### Deutschland.

Berlin, 19. Februar. [Amtliches.] Sein Majestät der König hat dem königl. sächsischen Oberst-Lieutenant v. Brandenstein den königl. Kronorden zweiter Klasse verliehen, sowie den Regierungs-Rath Jünder von Ober-Conrad zu Gumbinnen und den Regierungs-Rath Richter zu Oppeln zu Ober-Regierungs-Räthen und Regierungs-Abtheilungs-Diregenten ernannt.

Dem Lehrer Dr. Arnold Schmidt beim königl. Cabettenhause zu Potsdam ist das Prädikat Oberlehrer verliehen worden.

Berlin, 19. Febr. [Ihre Majestät die Königin] bestichtigte gestern in der Kunst-Ausstellung an der Schlossfreiheit die für die Pariser Ausstellung bestimmte Abbildung des hiesigen Rathauses. Heute findet ein Diner bei Ihrer Majestät im Palais statt. (St.-Anz.)

[Wahlen.] Wie wir hören, wird Prinz Friedrich Carl wahrscheinlich das Mandat annehmen, wozu die Genehmigung des Königs vorausgesetzt ist; Gen. Molte wird wohl in Westpreußen, im Memel-Hedderup-Kreise, annehmen.

[Die aus Frankfurt hergesandte Deputation] ist noch heut vor der Abreise des Königs nach Dresden von demselben empfangen worden und hat eine sehr huldvolle Aufnahme gefunden. Der König hat sich eingehend über die Frankfurter Verhältnisse ausgesprochen und nochmialige Prüfung aller von dort her erhobenen Bedenken in Aussicht gestellt. Die Deputation ist fibrigens vor dem Empfange beim Könige auch von dem Grafen Bismarck, Herrn v. d. Heydt und Grafen Eulenburg empfangen worden; sie wird noch einige Tage hier verweilen.

[Der Civil-Administrator von Hessen] ist durch den Cultusminister aufgefordert worden, die hessischen Consistorien von Kassel, Marburg und Hanau zur Erstattung von Gutachten über die Einrichtung von Presbyterien und Synoden nach Analogie der rheinisch-westfälischen Kirchenordnung zu veranlassen.

[Im Herrenhause] wird Tag und Nacht an den Einrichtungen für den Reichstag gearbeitet. Im Sitzungssaale sind neue Podien und neue Säle angebracht, die Räume zur Linken und Rechten des Präsidententhefts, wo bisher der Ministertisch und der Tisch der Secretäre standen, sind gleichfalls zu Plätzen bergerichtet worden. Eine Rednertribüne wird nicht aufgestellt, die Redner sprechen vom Platze; dicht vor dem Präsidium der Versammlung gegenüber sitzen die Bundesbevollmächtigten.

Aus Nordschleswig, 17. Febr. [Die Nationalitäten in Nordschleswig.] Die Reichstagswahlen sind geeignet, einen Vorgesetzten zu geben, wie die im Prager Frieden zugesandte Abstimmung wegen der Zugehörigkeit zu Deutschland oder Dänemark ausfallen würde, wenn sie unter unveränderten Verhältnissen stattfände. In drei von den vier schleswigschen Wahlkreisen hätten die Dänischgesinnten Candidaten aufgestellt: Krüger in Apenrade-Habersleben, Ahlmann in Flensburg und den umgebenden Landeschaften, Detmolden in Lüneburg-Hüsum. Davon haben sie Krüger und Ahlmann durchgebracht, jenen mit 80 p.C., gegen 20, diejenen mit 51 p.C., gegen 49; Detmolden ist unterlegen, indem er nur 18 p.C. der Wähler für sich batte. Es ergiebt sich also, daß längs der jütischen Grenze in einem Streifen, der südlich von Apenrade und nördlich von Lüneburg abschneidet, vier Fünftel der Bevölkerung dänisch gesinnt sind, wobei indessen nicht zu übersehen, daß der dänische Kandidat in der Stadt Habersleben nur 204 und in der Stadt Apenrade gar nur 45 St. mehr erhielt als der deutsche; ferner, daß in Flensburg, dem Sundewitt, der Insel Alsen und Angeln bis zur Schlei das dänische Überwiegt nur so gering ist, daß man wohl zweifeln darf, ob die Deutschen nicht geradezu gesiegt haben würden, hätten sie sich durch Zersplitterung nicht auch moralisch geschwächt; und endlich, daß im westlichen Schleswig bis nördlich über Lüneburg das dänische Element noch nicht ein Fünftel der Bevölkerung repräsentirt. Insgemein sind in diesen drei Wahlkreisen von den abgegebenen und nicht völlig zerplitteten Stimmen 52½ p.C. auf die dänischen und 47½ p.C. auf die deutschen Candidaten gefallen. Das Verhältniß würde für die letzteren günstiger sein, wenn nicht in dem überwiegend dänischen nördlichsten Wahlkreise eine sehr starke und in dem überwiegend deutschen westlichsten Wahlkreise eine ziemlich schwache Beteiligung stattgefunden hätte. Immerhin läßt die gegenwärtige Wahlauszählung auf nicht mehr als 150—160.000 dänisch gesinnte Schleswiger schließen. Von den 200.000, die in Kopenhagen zum Glaubensartikel geworden sind, kann fortan unter loyalen Leuten keine Rede mehr sein. (R. B.)

Flensburg, 16. Febr. [Der „Flensburger Löwe“] der seiner Zeit, als Symbol der Dänenherrschaft, so viel von sich reden machte, dann aber, in Stücke zerlegt, drei Jahre im hiesigen Ständehause ausruhte, ist Anfang dieser Woche nach Berlin transportiert worden. Derselbe hat allerdings einige Verkümmelungen erlitten, da man im Anfang aus dem Metall Ringe zu machen pflegte, bis dies von den Behörden gehindert wurde. (Hamb. N.)

Dresden, 19. Februar. [Der König und der Kronprinz von Preußen.] Das „Dresd. J.“ meldet: Heute Nachmittag kurz nach 3 Uhr trafen Se. Majestät der König von Preußen und Se. kgl. Hoheit der Kronprinz von Preußen per Extrajug von Berlin hier ein.

Se. Majestät der König Johann waren Ihren hohen Gästen bis Priesterwitz entgegengefahren, zu deren Empfang auf dem Leipziger Bahnhofe der Kronprinz Albert und der Prinz Georg sich eingefunden hatten. Ferner waren daselbst anwesend Se. Excellenz der Höchstcommandirende General der Infanterie v. Bonin, die königl. preußische Gesandtschaft, die Herren Staatsminister, sowie die königl. preußische und königl. sächsische Generalität und sämtliche Offiziere der beiden hier garnisonierten Truppenteile. Bei der Ankunft des Zuges erwiderten lebhafte Hochs und das Musikkorps des königl. preußischen Leib-Grenadier-Regiments spielte die National-Hymne. Hierauf begaben sich Ihre Majestäten durch den Warte-Salon auf den Platz vor dem Bahnhofe, wo eine Compagnie des königl. preuß. Garde-Grenadier-Regiments „Königin Elisabeth“ als Ehrenwache sich befand, und schritten unter den Klängen der Regimentsmusik die Front derselben ab. Alsdann geleiteten Se. Majestät der König Johann unter anhaltenden Hochrufen des in großer Menge versammelten Publikums die hohen Gäste, nebst zahlreichem Gefolge in das königl. Residenzschloß, in dessen erstem Vorhof eine Compagnie der königl. sächsischen Leib-Infanterie-Brigade mit der Fahne und dem Musikkorps aufgestellt war.

Frankfurt, 18. Febr. [Rothschild's Wahl.] Von den hie-

sigen preußischen Autoritäten wird versichert, daß Rothschild's Wahl in Berlin ganz genehm sein werde. Der Baron sei der erste Repräsentant Frankfurts, eine glücklichere Wahl habe gar nicht getroffen werden können. Mag es sich damit nun so oder anders verhalten, so wird von der Regierung anerkannt, daß sie nichts gethan hat, um auf die Wahlen irgend einen befürwortenden Einfluß zu üben. Keine Partei hat Grund erhalten, über Reaktionen zu klagen. Niemand ist gehindert worden, seinen Tendenzen in den berathenden Versammlungen den beliebigen Ausdruck zu geben. Uebrigens wird Baron Rothschild, der sich ausdrücklich noch bis jetzt nicht erklärt hat, ob er die Wahl annimmt, schon in diesen Tagen nach Berlin gehen, wahrscheinlich um zu sondiren, was, wenn er in das Parlament trate, von seiner Wirksamkeit dort erwartet wird. Auf die von der nach Berlin entsandten Deputation dort zu betreibende Angelegenheit wird Rothschild's Anwesenheit gewiss mit bestem Einfluß sein. Man versichert namentlich, daß der Ministerpräsident großen Werth darauf lege, das Haus Rothschild mit den neuen Zuständen zu befrieden. (B.-u. H.-B.)

### Österreich.

○ Wien, 18. Febr. [Die Aufnahme des kaiserlichen Erlasses.] Stellung der Parteien im niederoesterreichischen Landtag. Mit lauloser Stille nahm der niederoesterreichische Landtag den Erlass der kaiserlichen Regierung auf, welcher nicht nur das Januarpatent aufhebt, sondern auch der Sistirung der Verfassung ein Ende macht und als Zugabe die Verherrlichung einer Reihe von Gesetzesentwürfen enthält, welche den Schmerling'schen Scheinconstitutionalismus durch eine wahrhafte Verfassung ersetzen soll. Kein Bravur, nicht das geringste Zeichen von Beifall trotz so schöner Versprechungen! Ministerverantwortlichkeitsgesetz, Modification des § 10 der Februarverfassung, sonst die dringendst ersehnten Postulate der liberalen Deutschen, wurden in Aussicht gestellt und deneblich — lautlose Stille! Das dürfte Freiherrn v. Beust, unsern gegenwärtigen Universalmünister, ein wenig stolzig machen! Freiherr v. Beust, welcher mit dem Selbstbewußtsein eines Charlatans die Leitung der Geschäfte des auswärtigen Amtes übernahm und in neuester Zeit noch drei Ministerien an sich riss, muß daran entnehmen, daß das Vertrauen in seine Person ein sehr geringes ist und daß die Deutschen in Österreich nicht gesonnen sind, die Rechte für den kranken Staat, wie sie den ausländischen Doctor Beust verschreibt, ohnes Weiteres anzunehmen. Die Deutsch-Oesterreicher haben glücklicherweise die Vertrauensseeligkeit, welche sie früher so unvorteilhaft auszeichnete, abgestreift. Die Enttäuschung der letzten Jahre war zu groß, als daß sie nicht für immer von der sanguinischen Gouvernementalität hätte geheilt werden müssen. Wer am 1. April des Jahres 1861 mit frischer Zuversicht in den Schmerling'schen Reichsrath wählte, der ein so schmähliches Ende nahm, dem ist die Fähigkeit, zu vertrauen, für immer benommen! Ueber den Inhalt des Erlasses, der eine ärger als kühle Aufnahme fand, sind Sie ohne Zweifel bereits durch den Telegraphen unterrichtet worden; auch der Wortlaut desselben dürfte zur Zeit, als das Schreiben in Ihre Hände gelangt, Ihnen schon bekannt sein. Ich darf es daher unterlassen, mich des Weiteren über dasselbe auszulassen. Ich finde es doch für nothwendig, auf einen Mangel desselben besonders aufmerksam zu machen, welcher charakteristisch für unsere Zustände ist und mir beweist, daß Freiherr v. Beust so wenig wie seine Vorgänger im Stande sein wird, die maßgebenden Kreise für eine wahrhaft liberale Politik zu gewinnen. Es fehlt nämlich jede Andeutung, daß in confessioneller Beziehung eine reformatorische Thätigkeit entfaltet werden soll. Von der Revision des Concordates, ja selbst von einer Gesetzes-Vorlage in Betreff der Regelung der interconfessionellen Angelegenheiten ist nicht die Rede. Da wird es beim Ablauf bleiben. — Die Parteien im Landtag haben sich schon in der heutigen Sitzung zu messen Gelegenheit gefunden. Die feudalen Aristokraten haben einen namhaften Zuwachs erfahren. Während sie in der ersten Landtagsperiode nie über mehr als 10 Stimmen (meist nur 8) verfügten, hat sich die Zahl ihrer Anhänger auf 19 erhöht. Dieses Stimmenverhältniß stellt sich bei der Abstimmung über den Wahlmodus heraus, welcher bei der Wahl des Ausschusses zur Berichterstattung über den Regierungserlass zur Anwendung gebracht werden sollte. Die Verfassungstreuen stimmten für den Mühlfeld'schen Antrag, daß die Wahlen aus dem ganzen Landtag vorzunehmen seien, während die Feudalen, wie bemerk, 19 Mann stark, für die Wahl aus den Gruppen durch die Gruppen (Antrag Sprinzenstein) sich erhoben. — Eine weitere bemerkenswerte Erscheinung ist der Ausschluß der Wahlen in den erwähnten Ausschüssen. Durch die Bankverfassungstreueprononcirteste Färbung wurden gewählt; keine süßliche Rücksichtnahme auf andere Parteien, wie im Jahre 1861. Auch hier hat die Erfahrung gute Früchte getragen. Es gab allerdings einige professionsmäßige „Vermittler“, die auch diesmal einen Compromiß anstreben und den Verfassungstreuen die Wahl des Cardinals Rauscher als Concession empfahlen. Die Majorität war jedoch so flug, darauf nicht einzugehen.

Wien, 18. Febr. [Zu dem kaiserl. Erlass] der jemlich wortgetreu telegraphirt worden ist (s. Nr. 83 der „Bresl. Z.“), hat Herr v. Beust noch folgendes Schreiben an sämtliche Statthalter und Landesbeamte gerichtet:

Die an den Landtag gerichtete Mitteilung der k. Regierung, welche ich Gu... in der Anlage zugehen lasse und welche Sie zur Kenntniß des... Landtages zu bringen haben, spricht sich über die Auffassungen und Absichten der Regierung in so unzweideutiger Weise aus, daß es wohl kaum einer besonderen Instruction bedarf, um Sie in den Stand zu setzen, sich bei den Verhandlungen des Landtages in ihrem Sinne zu äußern.

Gu... werden in einer richtigen Verteidigung des Inhaltes dieses Erlasses die Überzeugung schöpfen und Sie werden die Überzeugung zur Gelung bringen, daß der von der Regierung eingeschlagene Weg nicht die Bedeutung einer Schwenkung im gewöhnlichen Sinne des Wortes hat, sondern daß die Regierung in gewissenhafter Erkenntniß der aus der Entwicklung der Dinge hervorgehenden Lage den Ansforderungen und Consequenzen derselben gerecht.

Sie verläugnet nicht die Vergangenheit, aber sie will dieselbe nicht zur unabänderlichen Rückschnur für die Behandlung der Gegenwart gemacht wissen. Die Frucht der Sistirung ist der Ausgleich mit Ungarn, dieser soll festgehalten, durch die Zustimmung der übrigen Theile der Monarchie bestigt und beiderseits durch loyale und verständige Ausführung zu einem zugbringen werden. Zugleich aber soll der mit der Sistirung verbundene gewesene Nachteil, die Unterbrechung verfassungsmäßiger Zustände, in den cisalpinischen Ländern fortan schwinden. Die Regierung geht von der Ansicht aus, daß sie nicht einheitlich darüber urtheilen darf, ob und inwieweit die Verfassung durch Schwierigkeiten, die ihre Entwicklung im Gefolge hatte, in ihrem Bestande gelitten hat oder nicht. Sie kann keinen anderen Weg einschlagen, als die durch die Verfassung eingesetzte Vertretung einzuberufen und in Gemeinschaft mit ihr die Verfassungsfrage endgültig zu regeln.

Wissen Sie den Landtag diesen Standpunkt zu würdigen, so werden Sie auch anerkennen, daß dem Vorgehen der Regierung auf dem jetzt betretenen Wege

jede Parteilichkeit ferne liegt, daß weder eine Bevorzugung noch eine Beeinträchtigung irgend welcher Art in ihrer Ablöse gefunden werden kann. Ihr Bestreben ist ein nach allen Seiten verhältnisches, aber sie wird sich mit Festigkeit auf den gegebenen verfassungsmäßigen Boden stellen und nur auf diesem jenem Gedanken der Verbindung folge geben.

Indem die Regierung dem Reichsrathe die mit Rücksicht auf den Ausgleich mit Ungarn nothwendig werdenen Verfassungs-Änderungen zur Annahme vorlegt, weist sie die Voraussetzung zurück, daß sie demselben das Recht der freien Zustimmung verbümmern wolle. Aber sie vertraut dem patriotischen und einsichtsvollen Geiste der berufenen Vertretung, welche sich der Erkenntnis nicht verschließen wird, wie viel Österreich bei einem Abschluß der bisherigen unsicheren und schwankenden Zustände zu gewinnen und wie viel es bei einer Fortsetzung und einer Vernehrung dieser Unsicherheit zu verlieren und zu befürchten hat, — daß jeder gerechte Anspruch nur in einem wiedererstarkten Österreich seine Befriedigung finden kann.

Pest, 18. Febr. [In der gestrigen Conferenz der Deak-Partei] teilte Graf Andrássy seine Ernennung zum Ministerpräsidenten und den ihm gewordenen Auftrag zur Cabinetsbildung mit. Seine Regierung werde die Politik der Deak-Partei befolgen und eine parlamentarische sein. Deak entwarf hierauf ein Bild der Entwicklungsbahnen des Ministeriums. Beide Reden fanden begeisterte Aufnahme. Heute fand eine corporative Dankesauftwartung der Deak-Partei bei Deak statt. Deak beantragte häufigere Sitzungen. Eine Dankes-deputation wird an den Kaiser entsendet werden.

Pest, 18. Februar. [Die Aufnahme des königlichen Rescripts.] Um 11 Uhr wird die Sitzung des Deputirtenatels eröffnet. Das Protocoll der letzten Sitzung wird verlesen. Hierauf überreicht Baron Majthény unter angemessener Ansprache das königliche Rescript. Der Schriftführer Roth verliest daselbst unter gespannter Aufmerksamkeit des Hauses. Das Rescript entspricht der Bitte wegen Sistirung des Wehrpatentes, die Angelegenheit der verfassungsmäßigen Behandlung aufweisend, in der Erwartung, daß die Nation ihren Vorhaben, welche den Thron verteidigen, entsprechen werde. Es verspricht die Herstellung der Verfassung, die Einsetzung des Ministeriums und enthält die Ernennung Andrássy's zum Ministerpräsidenten. Inhaltender enthusiastischer Ehren-Sturm und Handclatschen. Das Rescript wird auch an mehreren Stellen mit Ehren-Rufen unterbrochen. Zum Schlusse anhaltendes Ehren-Rufen. Der Präsident gibt der Freude des Hauses Ausdruck und beauftragt die Absendung einer Dankdeputation an Se. Majestät. Andrássy weist das Verdienst der Ernennung des Deak zu (Ehren-Rufen). Es verspricht die baldige Vorlage der Ministerliste.

### Frankreich.

Paris, 17. Februar. [Die gestrige Sitzung des gesetzgebenden Körpers] zeigte sich dadurch aus, daß in derselben zum ersten Male seit 15 Jahren von der Redner-Tribüne herab gesprochen wurde. Es war Glais-Bizoin, welchem diese Ehre zu Theil wurde. Es hatte das Wort über das Sitzungs-Protocol verlangt und wollte von seinem Platze aus sprechen. Mehrere Deputirte verlangten, daß er die Tribüne besteige, und obgleich ihm Walewski gestattet hatte, von seinem Sitz aus seine Bemerkungen zu machen, so besiegte er doch die Tribüne. Es machte einen eigenhümlichen Eindruck, als Glais-Bizoin, dieser alte parlamentarische Kämpfer, auf der Tribüne erschien. Es rief eine ganze Vergangenheit wach, und wenn man die Ereignisse seit 1793 vor sich hingleiten ließ, so kam es einem unbegreiflich vor, daß man 1867 es als eine hohe Kunst bezeichnet, daß die Regierung Frankreichs gestattet, daß die Repräsentanten der Nation von der Rednertribüne herab zu ihren Collegen sprechen dürfen. Die Rede des Herrn Glais-Bizoin hat schon deshalb Interesse, weil sie die erste ist, welche nach Wiederaufrichtung der Tribune gesprochen worden ist, und so theilen wir sie in Nachstehendem mit.

Glais-Bizoin: Man ruft mich auf die Tribüne, und ich besteige sie sehr gern (Söhne und Austrufe); und da der Wunsch der Kammer mir die Ehre giebt, diese so oft von mir reclamirte Tribüne einzunehmen, vor der herab im Lande so viele schlagende Wahlrechten verbreitet worden sind, von denen leider alle Regierungen ohne Ausnahme so wenig Nutzen gezogen haben. Es erlauben Sie mir wohl, dieter alten Bekanntheit meine Ehrenbezeugung darzubringen und sie wegen ihrer Restauration zu beglückwünschen. (Sehr gut auf mehreren Bänken.)

Anderer Stimmen: Das heißt nicht über den Sitzungsbericht sprechen!

Genug, genug!

Glais-Bizoin: In dem ich bedauere, daß Sie nicht von einer jener alzenden Reden eingeweckt wird, die Sie während der letzten drei Sitzungen bei Gelegenheit des Adress-Debatte vernahmen und die beweisen, daß diese Versammlung Redner in sich schließt, die, was Mut und Talent betrifft, denen an nichts nachstehen, die einen so großen Platz in der Geschichte unserer parlamentarischen Debatten einnehmen.... (Neue Unterbrechung.) Um auf das Sitzungsprotocoll zurückzukommen (Ah, Ah!), beginne ich damit, unserem Präsidenten aus freien Stücken meine demütigste Entschuldigung darzubringen, ihn während des Vortrages seiner Rede unterbrochen zu haben.

Gebreite Stimmen: Sehr gut!

Glais-Bizoin: Aber zu gleicher Zeit mache ich einen Aufruf an seine hohe Unparteilichkeit und an die der Versammlung, damit genau anerkannt werde, daß, wenn das, was sich in der letzten Sitzung ereignete, als ein Præcedenzfall gelten soll, das Decret vom 19. Januar umgangen wird, ohne abgeschafft zu sein, denn wir werden eine wahre Adressdebatte in der Form eines lobhuldenden Monologs haben.

Picard und Andere: Dies ist sehr richtig!

Glais-Bizoin: Die Thronrede, und sie mag in ihrem Rechte sein, würde sagen: „Dieses ist meine Politik; sie ist gut, vortrefflich!“ Dann wird die Rede unseres von der Krone ernannten Präsidenten kommen, der, in Namen der Kammer antwortend, sich folgendermaßen ausdrücken würde: „Ihre Politik ist vollkommen“. (Unterbrechung.)

Mehrere Stimmen: Sie prednen nicht über den Sitzungsbericht.

Anderer Stimmen: Ab, sehr gut!

Präsident Walewski: Herr Glais-Bizoin! Sprechen Sie über den Sitzungsbericht?

Glais-Bizoin: Ich spreche darüber.

vorität nicht alle Worte des Herrn Präsidenten gebilligt hat. — Damit hatte der Zwischenfall, der vielversprechend für die nächsten Debatten ist, sein Ende erreicht.

### Spanien.

Madrid, 12. Februar. [Ein Vorfall bei Hofe. — Narvaez' neueste Maßregeln.] Der „Ind. Belg.“ wird geschrieben, daß die Königin mit ihrem Gemahl am 10. Februar nach Aranjuez gefahren sei, um die bekannte Nonne Schwestern Patrocinio, welche für die Seele der „clericalen Partei“ am Hofe gilt, zu besuchen. Am Tage nachher verlangte der Marshall Narvaez die Entfernung der Nonne aus der Nähe der Hauptstadt, es sei eine politische Notwendigkeit. Die Königin wollte nicht darauf eingehen und bemerkte auch, dieses Exil werde den König ihren Gemahls sehr verleben, der schon durch die Ausweisung seines Freuden Nemeses sehr gekränkt sei; der Marshall erbot sich, dem König eine Erklärung zu geben und sich zu entschuldigen. Der König wurde gerufen, derselbe trat aber nur auf die Schwelle, sagte: „Ich will keine Entschuldigungen“, und entfernte sich wieder. Viele hoffen nun, daß das Ministerium in einem Kampf mit der liberalen Partei gerathen und daß Narvaez fallen werde. Diese Hoffnungen scheinen für's Erste wenigstens aber wenig Aussicht zu haben, der Einfluss des Königs-Gemahls ist zu gering, und Marshall Narvaez steht zu fest und es ist kein Geheimniß, daß auch er einen bedeutenden Theil der Geistlichkeit für sich hat. In der Armee geht er am schärfsten vor, er entfernt die „politischen“ Offiziere sehr streng, zweiundzwanzig Obersten wurden verabschiedet und durch junge Offiziere ersetzt, die nur „militärische Ehre“ und „Kahnentreue“ besitzen, aber sich nicht politische Ehren erwerben wollen. Nach einer Correspondenz des „Nord“ steht auch der Magistratur eine große Reform bevor. In der Justiz und in der Armee soll die Politik künftig keine Geltung mehr haben. Wenn der Marshall das durchsetzt, dann hat er Großes geleistet und wirklich zwei großen Unheilswurzeln die Nahrung abgegraben.

### Belgien.

Brüssel, 16. Februar. [Aus der Deputiertenkammer.] Die Diskussion des Budgets für die öffentlichen Arbeiten ist heute geschlossen worden; der Minister hatte auf die vielsachen Interpellationen, die bei dieser Gelegenheit niemals fehlen, weil alle Deputierten mehr oder minder die besonderen Wünsche ihrer Mandatgeber befürworten müssen, geantwortet. Die Vertreter von Antwerpen waren besonders lebhaft bemüht, die Ansprüche ihrer Stadt, welche sich von dem Ministerium vernachlässigt glaubt, hervorzuheben; der Minister aber erklärte, Antwerpen hätte schon mehr an Subsidien erhalten, wie irgend eine andere Stadt des Königreichs, und es sei für die geforderten Arbeiten an der Eisenbahn und den Kanälen kein Geld vorhanden. In Bezug auf die Eisenbahnen im Allgemeinen sagte der Minister, daß er gern bereit sei, solchen Gesellschaften Concessionen zu ertheilen, welche das nötige Capital wirklich aufzubrachten; aber es komme nur zu oft vor, daß Unternehmer wohl die provisorische Caution oder selbst die definitive Caution leisten, übrigens aber das Capital für die Unternehmung niemals aufzubrachten, sondern die Concession nur dazu benutzen, um einen Actenschwindel zu begründen. Solchen Unternehmungen müßten Concessionen vorbehalten werden. Die Kammer war ganz damit einverstanden. Auf eine Anregung von Seiten einiger Mitglieder hat der Minister des Aeuferen, Herr Rogier, versprochen, die sämtlichen, auf die Schelde-Frage bezüglichen Atenstände und Schriften in nächster Woche der Kammer mitzuteilen.

[Zur Abschaffung der Todesstrafe.] Bei der Frage über die Abschaffung oder Beibehaltung der Todesstrafe, welche vor einiger Zeit in der Kammer entschieden wurde, hatte der Deputierte für den Kreis Alost sich für die Beibehaltung erklärte aus dem Grunde, daß seine Mandatgeber, die Einwohner jenes Kreises, wie er sich überzeugt habe, das Fortbestehen dieser Strafe verlangten. Nur hat der Gemeinderath der Stadt Ninove, welche zu diesem Wahlkreis gehört, einen förmlichen Besluß gefaßt, worin es heißt, daß Herr Venart die Meinung der Bevölkerung, welche er repräsentire, niemals befragt habe, daß, wenn er dies gethan hätte, die größte Majorität derselben sich auf das Bestimmte gegen die Todesstrafe ausgesprochen haben würde, daß der Gemeinderath sich für sie und die von ihm vertretene Gemeinde vor jeder Solidarität mit der persönlichen Meinung des Herrn Venart verwahre und eine Petition bei den Kammermännern für die Abschaffung der Todesstrafe einreichen werde.

[Biehleue.] Durch einen königlichen Besluß sind strenge Sicherheitsmaßregeln gegen die Biehleue befohlen worden, denn eine große Anzahl von Gemeinden in den Provinzen Limburg, Lüttich und Brabant ist diesen Maßregeln unterworfen. In Hasselt ist alles Bieh innerhalb der Stadt abgeschlachtet. Man schlägt die Entschädigung, welche die Regierung dafür zu zahlen hat, auf 829.000 Fr.

[Unglücksfall.] In der Kohlenzeche von Jemeppe bei Lüttich, wo am 6. Februar durch einen Einsturz im Förderungsschachte zwanzig Arbeiter verhüllt wurden, bat man alle Hoffnung aufzugeben müssen, diese noch zu retten, da alle Versuche, in die Grube zu gelangen, gescheitert sind.

### Provinzial-Zeitung.

Breslau, 19. Februar. [Generallehrverein.] In der gestrigen allgemeinen Versammlung hielt Hr. Director Juncker aus Saarau einen interessanten Vortrag, über Del-Extraction vermittelst Schweißlohnstoffen. Nachdem die Falbination des Schweißlohnstoffes so vereinfacht worden war, daß der Centnerpreis sich auf etwa 10 Thlr. reducirt, war die Verwendung dieses Materials behufs völliger Ausnutzung der Oelfräden ermöglicht. Vortragender schilderte das von Chemiker Richter in Berlin angewandte Verfahren, das in den Fabriken zu Stargard, Moabit, Riefa ic. sich vorzüglich bewährt hat. Die Anlagekosten einer solchen Del-Fabrik bei täglicher Production von 6 Wispel stellen sich auf 10.000 Thlr., also nicht höher wie bei der gewöhnlichen Precheinrichtung. Vermöge der einfachen, aber finnrich konstruirten Apparate wird die möglichst vollständige Extraction des Oels bewirkt, das ohne schwefeligen Geruch, rectificirt auch als Maschinenschmier verwendbar ist, während von dem Schweißlohnstoff nur ein sehr geringer Bruchteil verloren geht. Das rückständig bleibende Rapskuchenmehl, obwohl weniger fetthaltig als die bei dem Pressverfahren gewonnenen Rapskuchen, ist jebigen doch an Nährwert gleich, und der Verkaufspreis ist derselbe. Die Herstellungskosten belaufen sich am Wispel etwa 3 Thlr. höher, wo hingegen 60 Pf. Del mehr producirt werden und sich demnach ein Ueberdrüß von 4½—5 Thlr. ergiebt. Feuergefahr ist nicht vorhanden, da Alles mittels Dampf betrieben wird. Redner hielte es für angemessen, auf das bisher meist falsch beurtheilte und deshalb wenig beachtete Verfahren aufmerksam zu machen. Sein Vortrag wurde beifällig und dankbar aufgenommen.

Dennächst war ein Vortrag des Hrn. Geb. Rath Dr. v. Carnall über die preußische Metallindustrie (als Fortsetzung des neulich über die Koblenz-industrie gehaltenen) angekündigt. Redner beschränkte sich diesmal auf die weitaus wichtigste Abteilung, nämlich die Eisenindustrie, welche sehr erfreuliche und erhebliche Steigerungen aufweist. Die Roheisenproduktion betrug im J. 1855: 16½ Mill. Cr., im J. 1855 etwa 6 Mill. Cr.; der Wert der Gesamtproduktion stieg von 12% Mill. Thlr. auf 20% Mill., während die Preise ermäßigt wurden. Nach ungewöhnlicher Berechnung wurde die 1855 gewonnene Quantität ein Schienengleis von 800 Meilen, die englische von 96 Mill. Cr. jährlich ein solches fast um den Aquator der Erde; übrigens ist unsere Produktion von ½ auf ¼ % der englischen gekommen und der Verbrauch hat sich außerordentlich gezeigt. Eisen-guss-Waren wurden 3 Mill. Cr. in 1855 gegen 1½ Mill. Cr. in 1855 producirt, die Preise gingen im Durchschnitt herunter. Stabeisen incl. Schienen zeigt eine sehr bedeutende Steigerung, nämlich von 4% auf über 8 Mill. Cr., Säwarzblech von ½ Mill. Cr. auf fast das Dreifache, der Preis sank von 7 Thlr. auf 4½ Thlr.; Eisenrahmen für Telegraphen ic. wurde im J. 1855 in Höhe von 661.000 Cr. producirt und die Preise ermäßigten sich gegen 1855 von 6½ auf 4½ Thlr. Die Produktion in Rohstahl betrug im vorletzten Jahre 600.000 Cr. gegen 200.000 Cr. in 1855. Gußstahl, welcher damals in einem Betriebe mit 84.000 Cr. abschloß, erreichte 1855 eine Production von 1.279.000 Cr. im Werte von 12½ Mill. Thlr., wobei das Krupp'sche Werk sich befindet. Diese Fabrikation hat eine bedeutende Zukunft, da neuerlich Vieles aus Stahl hergestellt wird, was man sonst aus Eisen bereit hatte. Im Ganzen sind 127.000 Arbeiter mit 282.000 Familiengliedern, also zwei Prozent der preußischen Bevölkerung, bei der Eisen-Industrie beteiligt. Von den neu erworbenen Landestheilen ist eine nicht unansehnliche Erweiterung der genannten Industrie zu erwarten; namentlich ist das nassauische Gebiet ergiebig an frischem Eisenstein und liefert dasselbe 36% Pfund Roheisen auf den Kopf seiner Bevölkerung. Die übrigen Staaten des norddeutschen Bundes erzielten 1855 etwa 1 Million Centner, Südw-

deutschland ebenso viel, und der Anschluß des letzteren wird der ihm mangenden Kohlen- und Eisenindustrie wegen um so dringender. Nachdem die Versammlung Hrn. v. Carnall für seinen lehrreichen Vortrag gedankt hatte, wurde die Sitzung geschlossen.

= Breslau, 20. Februar. [Alarmierung der Feuerwehr.] Gestern Abend 11 Uhr rückte die Hauptfeuerwache nach der Schwertstraße, woselbst nach der eingegangenen Meldung im Biekrug Feuer ausgebrochen sein sollte. Wie sich indessen herausstellte, hatte nur ein unbeteiligter Schornsteinbrand stattgefunden, der ein weiteres Einschreiten nicht erforderte.

Um 12 Uhr wurde die Hauptfeuerwache von Station 41 (im Interims-Theater) abermals alarmiert und das Haus Gartenstraße Nr. 21 als Brandstelle bezeichnet. Hier waren die im Hofe gelegenen Abritte und der daran stehende Hühnerkäfig von böswilliger Hand in Brand gesteckt, die Gefahr jedoch zur rechten Zeit wahrgenommen und vor Eintreffen der Feuerwehr bereits unterdrückt worden.

Breslau, 20. Februar. [Polizeiliches.] Gestohlen wurde: Auf dem an der Verbindungsbahn belegenen Grundstücke zur Augustenburg aus unverfloßinem Pferdestalle zwei noch ganz neue blaumollene mit hellblauem Bande eingefasste Pferdebeden. Neue Taschenstraße Nr. 7 1 kupferner Kessel. An der Sandkirche Nr. 3 1 brauner Havelok. Ring Nr. 48 1 Stoßseifen mit Stiel, eine Bichsau und eine eiserne Schaufel. Neue Graupenstraße 1 brauner seidener Überrock mit Schmelz und schwarzen Spangen besetzt. Holzplatz Nr. 3 70 bis 80 Lthr. Silbergeld.

Verloren wurde: Ein auf Franz Ritsche lautender Militär-Ursalbs-Pas. Ein von Franz Ganglik auf Agathe Gauglich gezeugter, bei F. L. Halt zu Breslau am 16. Februar d. J. zahlbarer Wedsel über 49 Thlr. 29 Sgr. 11 Pf. Ein Prima-Wechsel in Höhe von 211 Thlr. 6 Pf. ausgestellt am 11. Februar 1857, von J. Molinari und Söhne, acceptirt von J. Weiß, 1 goldener Ring mit geriefelter Schiene mit blauen Smaragden umgeben, die nur „militärische Ehre“ und „Kahnentreue“ besitzen, aber sich nicht politische Ehren erwerben wollen.

Nach einer Correspondenz des „Nord“ steht auch der Magistratur eine große Reform bevor. In der Justiz und in der Armee soll die Politik künftig keine Geltung mehr haben.

Wenn der Marshall das durchsetzt, dann hat er Großes geleistet und wirklich zwei großen Unheilswurzeln die Nahrung abgegraben.

### Spanien.

Ein auf Johann Anton Becker lautender Militär-

Ausmusterungsschein und eine für denselben von der Ortsbehörde in Claren-

cranz, Kreis Breslau, ausgestellte Bescheinigung. 1 Geldbeutel mit 15 Sgr.

8 Pf. Inhalt. Ein auf den Namen Scholz lautender, vom Pfandleih-In-

stitut von Wobizki u. Comp. ausgestellter Pfandschein. Ein ungefähr 25 bis

30 Quart haltendes Fäschchen mit Eisglä.

Angekommen: Se. Durchlaucht Prinz Biron v. Curland, königl.

Oberschiff und freier Standesherr, aus Polnisch-Wartenberg. Ihre Durch-

laucht Prinz Anton v. Sulkowski, aus Reisen. (Fremdenbl.)

ch. Neumarkt, 19. Februar. [Bur Wahl.] Es dürfte für die liberale

Partei, namentlich des Breslauer Landkreises, von Interesse sein, zu erfahren,

dass von den 1641 Stimmen, welche der liberale Kandidat des Breslauer

Neumarkter Wahlkreises mehr als dessen conservative Collegen erhielt, 1260

auf den Neumarkter und nur 381 auf den Breslauer Kreis fallen. Dabei

gab erster nur 8000 und letzter 9691 gültige Stimmen ab.

[Notizen aus der Provinz] \* Glaß. Die hiesige „N. Geb.-Btg.“

schrift: „Der Superintendent Richter hat nunmehr seine Bestätigung als

Consistorial-, Regierungs- und Schulrat bei der Regierung in Liegnitz erhalten.

Dadurch ist leider der Zeitpunkt nahe gerückt, wo die hiesige evangelische

Gemeinde ihren sorgfältigen Seelsorger und teilnehmenden Freund verlieren wird.“

+ Goldberg. Am 18. d. Mts. wählte die Stadtverordneten-Vergamm-

lung Hrn. Hauptmann v. Diezelsky und Hrn. Seifenfabrikant Beer zu

Rathsherrn und Hrn. Rathsherrn Günther zum Beigeordneten.

### Telegraphische Course und Börsennachrichten.

Paris, 19. Februar, Nachm. 3 Uhr. Die 3proc. begann zu 69, 55½ und schloß in ziemlich sefer Haltung zur Notiz. Italienische Rente war matt.

Confols von Mittags 1 Uhr waren 91 % gemeldet. — Schluss-Course:

3proc. Rente 69, 60. Italienische 5proc. Rente 53, 37½. 3proc. Spa-

nier. 1proc. Spanier. — Oester. Staats-Eisenbahn-Actionen 408, 75. Oester.

Ang. von 1865 pr. opt. 328, 75. 5proc. Ver. St.-Anl. von 1882 (unge-

stempelt) 83½.

London, 19. Februar, Nachm. 4 Uhr. Schluss-Course: Confols 91.

1proc. Spanier 31½. Sardinier 72. Italien. 5proc. Rente —. Lomba-

arden 16½. Mericaner 17%. 5proc. Russen 89%. Neue Russen 88.

Silber. — Türkische Anleihe 1865 30%. 5proc. Verein. St.-Anl. von

1882 73%. Hamburg 3 Monat 13 Mt. 8½ Sch. Wien 12 Thl. 92½ Kr.

Trieste.

Der Capdampfer „Romann“ ist in Southampton eingetroffen.

Frankfurt a. M., 19. Febr., Nachm. 2 Uhr 30 Min. Fest und lebhaft.

Nach Schluss der Börsen fortduernd fest. Creditactien 175, 1860er Loos 71½.

Schluss-Course. Preußische Rassencheine 105%. Berliner Wedsel 105.

Hamburger Wedsel 88%. Londoner 119%. Pariser Wedsel 94%.

Wiener Wedsel 92%. Finnlandische Anleihe 83%. Neue 4½% Finnlandische

Pfandbriefe 84. 6% Verein. Staaten-Anleihe pro 1882 77%. Oester. Ban-

antriebe 702. Oester. Credit-Actien 174%. Darmst. Banknoten 215. Darm-

städter Zettelpfand 244%. Meiningen Credit-Actien 93%. Oester. Franz-

Staats-Eisenbahn-Actionen —. Oester. Ostdäderbahn 111%. Böhmisches We-

bahn —. Rhein-Raketenbahn —. Ludwigshafen-Berbach 157½. Hessische Lub-

wigsbahn 135. 5% österreich. Anleihe von 1859 63%. 1854er Loos 62.

1860er Loos 71%. 1864er Loos 77. Badische Loos 55%. Kurhess. Loos —.

Bayerische Prämienanleihe 102%. Oester. Nat.-Anl. 55%. 5% Metalliques

46%. 4½% Metalliques 42%. Neues steuerl. Anl. 49%.

Wien, 19. Februar, Nachm. 4 Uhr. Abend-Börse. Staatsbahn sehr animirt, Caerno-

Wiger fest. Credit-Actien 190, 70. Nordbahn 164, 50. 1860er Loos 89, 80.

1860er Loos 83, 75. Oester. Franz. Staatsbahn 209, 20. Gattier 221, 25.

Czernowitz 184, 50. Napoleon'sor —.

Hamburg, 19. Februar, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Fonds fest, aber ruhig.

Barluten schwächer. Hamburger Staats-Prämien-Anleihe 90. — Schluss-

Course: National-Anleihe 56%. Oesterreich. Credit-Actien 73%. Oester.

1860er Loos 70%. Mericaner 109%. Norddeutsche Bahn 119%.

Rheinische 116%. Nordbahn 80%. Altona-Kiel 131. Finnlandische

Anleihe 81%. 1864er Russ. Prämiens-Anleihe 86%. 1866er Russ. Prämiens-

</